

tungen, die sich gegen alle Vorstellungen verschließen würden, wie solle denen gegenüber vorgegangen werden.

Herr Mühlbrecht-Berlin hält es für sehr gefährlich, wenn der Verbandsvorstand die Sache legalisieren wollte, dadurch, daß er größere Einkäufe mache und seine Mitglieder durch billigeren Ankauf der Exemplare in den Stand setze, dieser Konkurrenz zu begegnen. Er wünscht vielmehr, daß der Buchhandel in jedem einzelnen Falle mit einer Bekämpfung der Sache vorgehe, zunächst innerhalb der Kreis- und Ortsvereine, dann durch den Verbandsvorstand, der alles daran zu setzen habe, durch Aufklärung, durch Entziehen von Inseraten, Abonnements u. dem Betreffenden zu beweisen, wie er einem kleinen, vielleicht nur eingebildeten Vorteil gegenüber den gesamten Buchhandel, also sich selbst, schädige.

Herr Hoffmann-Stuttgart befürwortet Herrn Boywods Vorschlag; wenn es erst gelungen sei, die Hälfte der Redaktionen zu gewinnen, so werde die Auflage solcher Zeitungsbuchhandelsbücher geringer, und der Verlag solcher Artikel lohne schließlich nicht mehr. Das Mittel, die Bücher in einzelnen Exemplaren zu kaufen und dann auch zu liefern, sei viel zu unbedeutend, es könne nur durch Einwirkung auf die Redaktionen gewirkt werden.

Herr Boywod-Breslau glaubt, daß, wenn eine Stelle wie der Verband der Kreis- und Ortsvereine, den Zeitungen gegenüber im Namen des gesamten deutschen Sortiments aufträte, dies größere Wirkung haben werde, als wenn es einzelne Kreisvereine oder einzelne Firmen thun würden.

Herr Wilhelm (?) glaubt den Grund dafür, daß so viele Provinzzeitungen auf den Vertrieb eingegangen seien, darin erkennen zu müssen, daß sie, als Nichtbuchhändler weder die Abfahrsfähigkeit der ihnen angebotenen Artikel noch ihren zweifelhaften Wert richtig erkannt hätten. Hätten sie das Verhältnis des zu erreichenden Gewinnes zu den von ihnen aufzuwendenden Kosten der großen Reklame richtig bemessen, so würden sie wohl Bedenken getragen haben, sich zu dem Geschäft herzugeben. Hierauf die Redaktionen aufmerksam zu machen, würde sich um so eher empfehlen, als diese selbst anfangen, sich gegen unbillige Anforderungen großer Reklamegeschäfte zu vereinigen.

Der Vorsitzende faßt das Ergebnis der Debatte zusammen. Es müßte dem Vorstand daran liegen, eine Aussprache der Versammlung zu erhalten erstens darüber, ob die Versammlung das Vorgehen des Vorstandes, oder des sächsischen Verbandes zu Weihnachten 1895 billige und wünsche, daß es in ausgedehnterer Weise durch den Verbandsvorstand weiter betrieben werde; zweitens, welche Mittel sonst angezeigt wären, um dem großen Uebelstand des Zeitungsbuchhandels durch den Buchhandel zu begegnen und drittens, was die Versammlung auf die Anregung des Schlesischen Verbandes eines Rundschreibens an die Zeitungsredaktionen beschließe.

Zu dem ersten Punkte sei wiederholt erwähnt worden, daß es für den Sortimenter von der größten Bedeutung sei, prinzipiell nicht zuzugeben, daß irgend welche buchhändlerische Ware anderwärts zu kaufen sei, als bei ihm. Dies sei ein Gesichtspunkt von größter Wichtigkeit. Man lasse erst einmal Bücher in größerem Maßstabe durch andere Bezugsquellen an das Publikum gelangen als durch die Buchhändler, so werde man bald die allgemeine Schädigung des Buchhandels zu erkennen haben. Was nun das geübte Vorgehen betreffe, so sei der Vorwurf hierdurch Propaganda für die betreffenden Verleger gemacht zu haben, unbedingt zurückzuweisen. Selbstverständlich handele es sich nicht darum, von jedem neuen Zeitungsbuchhandels-Artikel größere Partien zu bestellen, wohl aber sei es zweckmäßig gewesen, solchen Zeitschriften, die sich auf das Geschäft schon eingelassen hätten, auf Vorstellung des Buchhandels aber davon loskommen

wollten, die Partien abzunehmen, die zu nehmen sie ohnehin verpflichtet waren, und diese allen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Hierdurch sei nicht ein Exemplar mehr den Verlegern abgekauft worden, aber die erworbenen Exemplare seien den Zeitungen entzogen und zur Befriedigung von Nachfragen dem Buchhandel überwiesen worden. Die Opfer, die ein weiteres Vorgehen in dieser Weise dem Verband auferlegen würde, würden nicht so bedeutend sein, da es sich nur darum handele, die Differenz zu tragen, die dem Sortimenter einen kleinen Rabatt verschaffe oder ihm ermögliche, noch billiger zu liefern als die Zeitung.

Herr Schöningh-Münster konstatiert aus der Debatte eine Teilung der Ansichten nach zwei Richtungen: ein Teil der Versammlung wäre der Ansicht, die Konkurrenz aufnehmen zu müssen, der andere lehne dies von vornherein ab. Er befürchtet, daß durch eine Agitation, durch eine Einwirkung auf alle Zeitungen kolossale Arbeit und Ausgaben entstünden. Er schlägt vor, zu beschließen, daß der Verbandsvorstand in Fällen, wo es sich als notwendig erweise, derartige Anschaffungen machen solle, hiervon aber gleichzeitig die Verbände benachrichtige. Außerdem wünsche er ein Vorgehen der Vereine in der Art, daß ihnen ein zu Agitationen bei den Redaktionen geeignetes Schriftstück zur Versendung nach ihrem Ermessen zur Verfügung gestellt würde.

Herr Meißner-Elbing will unter keinen Umständen, daß zu einer Verbreitung solcher Artikel die Hand geboten werde, hier hieße es: principiis obsta. Es sei für den einzelnen Sortimenter besser, wenn er Leute, die von ihm derartige Zeitungsbücher verlangten, ruhig zu den Zeitungen gehen ließe. Gewinne dann ein solcher Bücherkäufer die Ueberzeugung, daß das Buch doch nicht das hielte, was die unendliche Reklame versprochen hätte, so wirke diese Enttäuschung viel besser für den Buchhandel, als wenn dieser noch zur Verbreitung solcher Bücher beitrage.

Herr Gedts-Wiesbaden sagt, er habe mit dem Bezug von Exemplaren der angekündigten Zeitungsbücher schlechte Erfahrung gemacht. Der Vorrat sei nicht aufgebraucht worden. Es sei daher besser, in Zwangslagen bestellte Exemplare bei der betreffenden Zeitungsverkaufsstelle holen zu lassen.

Der Vorsitzende konstatiert durch Abstimmung als die Ansicht der Mehrheit, daß der Verbandsvorstand nicht in der versuchten Weise gegen die Beschaffung von Exemplaren der durch die Zeitungen vertriebenen Werke in Zukunft vorgehe. Es entspinnt sich hierauf eine längere Debatte über die Art und Weise, den Umfang und die Versendung eines an die Zeitschriften zu versendenden Rundschreibens, und es wird auf Vorschlag des Verbandschriftführers beschlossen, daß der Verband ein solches Rundschreiben nur ausarbeite, es zur Versendung innerhalb der einzelnen Kreise aber den betreffenden Verbänden und Vereinen zur Verfügung stelle, denen es überlassen bleibt, noch ein besonderes Begleitschreiben beizulegen.

Zu dem letzten Punkte der Tagesordnung: Berichte der Abgeordneten aus den einzelnen Kreis- und Ortsvereinen, berichtet

Herr Meißner in Elbing aus dem Verband Ost- und Westpreussischer Buchhändler, daß, nach wie vor, die fortgesetzten Lieferungen von Leipzig und Berlin mit unstatthaftem Rabatt sehr nachteilig wirkten, während innerhalb des Verbandes selbst ein gutes Verhältnis herrsche.

Als Vertreter des Wiesbadener Buchhändlervereins berichtet Herr Gedts, daß dort das Kolportageunwesen besonders aber das Unterbieten bei Lieferungen der Konversationslexika herrsche und durch sie der schädigende Einfluß von Berlin und Leipzig sich geltend mache. Neue tadellose Exemplare der Konversationslexika könnten aus zweiter Hand bei weitem billiger bezogen werden, als sie der Verleger abgebe. Das